

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

am Donnerstag, dem 12.02.2009

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 11.12.2008
- 3 04 - 14 1017/2009 Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder;
hier: Ausbaustufen bis 2013
- 4 04 - 14 1015/2009 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 6 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Trüpschuch, Elke
als Vorsitzende

Die stimmberechtigten
Mitglieder: Bongers, Sandra
Fergen, Rita
Gertsen, Gerhard
Hartjes, Monika
Hübers, Rita
Hülsberg, Jenja-Björn (für Mitglied Ludwig)
Jessner, Inge
Klossek, Ursula
Kraus, Petra
Lorenz, Marianne
Offergeld, Birgit
Rähler, Ingrid
Rybold, Karl-Heinz

Die beratenden Mitglieder: Beermann, Michael
Gustedt, Rainer
Mühlenberg-Knebel, Anke-Marie
Wacker, Waltraud
Wochnick, Magdalena
Bürgermeister Diks, Johannes
Barfuß, Arnfried

Von der Verwaltung: Stadtkämmerer Siebers, Ulrich
 Berk, Melanie
 Gürtzgen, Stefan
 Niemeck, Gaby
 Schnieders, Elisabeth
 Sluyter, Nicole
 Beikirch-Boers, Birgit (Schriftführerin)

Die Vorsitzende Frau Trüpschuch eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung und der Presse.

Vor Beginn der Sitzung verpflichtet die Vorsitzende die sachkundige Bürgerin, Frau Inge Jessner, als stimmberechtigtes Mitglied in feierlicher Form zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden getauscht, da Punkt 4 haushaltsrelevant ist.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 11.12.2008**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3 **04 - 14 1017/2009 Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder; hier: Ausbaustufen bis 2013**

Vor der Sitzung wird eine Aufstellung über den Planungsstand der Investitionen zum Ausbau der U3 Plätze in den Jahren 2009 - 2013 (3 Seiten) als Tischvorlage verteilt.

Bürgermeister Diks erläutert die gesetzlichen Vorgaben zum geplanten Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege und erklärt, wie die Verwaltung in Abstimmung mit den Trägern dafür sorgen will, dass schrittweise spätestens im Jahr 2013 die geforderte Ausbaquote von 32 % erfüllt sein wird.

Für das Kindergartenjahr 2009/2010 sollen in 3 Einrichtungen je 1 Regelgruppe in eine Gruppe Typ I mit 20 Plätzen - davon 6 U3-Plätze - umgewandelt werden.

Über die Art der Umsetzung und die zeitliche Abfolge seien noch weitere Gespräche mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen zu führen. Auch viele Details, die heute noch nicht benannt werden können, seien noch zu klären.

So sind beim Raumangebot bestimmte gesetzliche Vorgaben zu erfüllen. Dies bringe für die kommenden Jahre erhebliche investive Maßnahmen (An- und Umbaumaßnahmen) mit sich.

Diese bezuschusst das Land mit 90 % der Kosten. Aus dem städtischen Haushalt sind 10 % der Investitionskosten zu finanzieren.

Bürgermeister Diks weist auf die als Tischvorlage nachreichte Aufstellung über die Investitionskosten hin, die zeigt, wie die Zahlen im Antrag an das Ministerium aussehen werden und in welcher Höhe der kommunale Anteil geschätzt wird.

Die Verwaltung geht davon aus, dass es jährliche Gesamtkosten i.H.v. 360.000 € gibt, davon sind 10 % als Eigenanteil zu leisten.

Für 2009 sind 36.000 € für den Ausbau der Kindertagesstätten und für einen Umbau, der mit einer Maßnahme zusammenhängt, die bereits 2008 beantragt wurde, aber noch nicht umgesetzt werden konnte, 10.499,80 € - also 46.499,80 € - zusätzlich in den Haushalt einzubringen.

In den Folgejahren bis 2013 werden ca. 36.000 € jährlich als kommunaler Anteil zu finanzieren sein. Durch die gesetzlichen Vorgaben besteht die Verpflichtung, diese Summen zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Mitglied Offergeld bittet um Auskunft darüber, ob bei der Planung die Ortsteile möglichst gleichmäßig berücksichtigt werden.

Die Verwaltung bejaht diese Frage und erklärt, dass auch darauf zu achten sei, wo der Rechtsanspruch für Kinder gedeckt ist bzw. wo nicht. Der Bedarf in den einzelnen Ortsteilen, sowie noch freie Kapazitäten, werden beachtet.

Mitglied Gustedt erkundigt sich nach dem Bedarf an Plätzen für unter 3-jährige in diesem Jahr und in den Folgejahren.

Frau Sluyter erklärt dazu, dass, obwohl die Frist zur Anmeldung bereits Ende Dezember abgelaufen sei, viele Eltern ihre Kinder noch später angemeldet haben. Die Zahlen verändern sich auch heute noch fast täglich. Alle Plätze für unter 3-jährige seien derzeit belegt und es gebe noch Wartelisten. Von daher werden die 18 zusätzlichen Plätze voraussichtlich in Anspruch genommen werden. Das Anmeldeverhalten der Eltern in den kommenden Jahren könne nur vermutet werden. Es könne aber davon ausgegangen werden, dass die Eltern das zusätzliche Angebot auch annehmen werden. Sollte darüber hinaus noch Bedarf da sein, könne dieser über die Tagespflege abgedeckt werden. Die insges. 192 Plätze für unter 3-jährige, die 2013 vorhanden sein werden, sind voraussichtlich ausreichend.

Mitglied Hülsberg macht deutlich, dass es nach der gesetzgeberischen Planung in Zukunft 70 % Kindertagesstättenplätze und 30 % Tagespflegeplätze geben soll.

Er gibt zu bedenken, dass die Ausbildung von Tagemüttern / -vätern mit 160 Stunden relativ begrenzt sei. Es sei daher zu überlegen, ob dann der Bildungsanspruch, der durch das KiBiz festgelegt wurde, bei den Kindern auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Seiner Meinung nach sei zu überlegen, ob die Stadt Emmerich nicht - wegen der fundierteren Ausbildung der Mitarbeiter - überplanmäßig den Focus auf Kindertagesstättenplätze setzen sollte, um die Bildungsziele für unter 3-jährige eher gewährleisten zu können.

Bürgermeister Diks erklärt dazu, dass bezüglich der Ausbildung der Tagespflegepersonen bereits ein intensiver Kontakt mit dem Haus der Familie besteht und entsprechende Kurse angeboten werden. Überlegungen hinsichtlich überplanmäßiger Plätze in Kindertagesstätten könnten erst in den kommenden Jahren vorgenommen werden, wenn Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Vorgaben da sind.

Herr Barfuß merkt an, dass es sehr qualifizierte Tagesmütter gibt, die auch über eine entsprechende Berufsausbildung verfügen. Außerdem liegen die Curricula des Deutschen Jugendinstitutes zugrunde. Vorteil der Tagespflege sei auch, dass diese häufig auch Anforderungsprofile bediene, die eine normale Kindertageseinrichtung nicht bedienen kann (z.B. zeitlich).

Auch aus Sicht der Jugendamtsverwaltung ist noch viel Zusätzliches bei der Umsetzung des Bildungsauftrages wünschenswert. Das Problem der Sozialisation von Kindern müsse letztendlich in Gänze betrachtet werden. Was macht Familie, was muss der Staat zusätzlich noch leisten, um den Anforderungen angemessen zu begegnen. Das sei das Arbeitsfeld der Zukunft. Ein Gemeinwesen wie die Stadt Emmerich müsse sich auch an der Frage messen lassen, wie kinderfreundlich, wie familienfreundlich sie ist. Im Moment sei aber zunächst die Erledigung der Planzahlen vorrangig.

Bürgermeister Diks ergänzt, dass in der Vorlage bei der Anzahl der Kinder ab dem Jahr 2009/10 immer von 605 Kindern ausgegangen wird. Durch den Schulentwicklungsplan, der auch ein Stück weit einen Kindergartenbedarfsplan darstellen wird, werden sich noch in diesem Jahr durch Unterstützung von Demographie-Programmen genauere Prognosewerte ermitteln lassen.

Mitglied Rybold bittet um Informationen darüber, ob es durch die gesetzlichen Änderungen bei der Versteuerung der Einkünfte von Tagespflegepersonen, in Emmerich schon Auswirkungen gegeben habe bzw. ob zu befürchten sei, dass Tagespflegepersonen aufgrund dessen ihre Tätigkeit aufgeben werden.

Bürgermeister Diks erklärt dazu, dass Auswirkungen in Emmerich nicht festzustellen seien. Auch von diesbezüglichen Anfragen von Tagesmüttern sei nichts bekannt.

Mitglied Gertsen bittet zu erklären, wie hoch die Ausbauquote derzeit unter Berücksichtigung der Warteliste sein müsste, um alle Anfragen befriedigen zu können und ob die Ausbauquote von 32% aus heutiger Sicht als ausreichend angesehen werden kann.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass neben der tatsächlichen Anzahl der Kinder auch die noch ausstehende gesetzliche Regelung zum Elterngeld und das damit verbundene Anmeldeverhalten der Eltern eine Unbekannte darstellen. Zum jetzigen Zeitpunkt mehr auszubauen sei nur durch die Schaffung zusätzlicher Einrichtungen möglich. Ziel der Verwaltung sei aber, den alten Bestand zu halten und zu sichern. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe die Verwaltung von ausreichenden Plätzen aus. Ansonsten sei da noch die Tagespflege. Es bestehe keine Verpflichtung, nur in Kindertageseinrichtungen auszubauen, sondern es könne auch die Tagespflege noch erweitert werden.

Bürgermeister Diks trägt die Bitte der Kämmerei vor, den um die zusätzliche Einstellung von Mitteln in den Haushalt 2009 zu erweiternden Beschlussvorschlag so zu formulieren, dass dadurch die zusätzlichen Mittel allgemein in den Haushalt 2009 eingestellt werden. Die Verwaltung müsse noch prüfen, ob es sich hierbei um investive Maßnahmen handelt bzw. wie hoch der Anteil der investiven Maßnahmen ist.

Die Verwaltung schlägt vor, den bestehenden Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern: „Die Investitionskosten 2009 - 2013 werden entsprechend der Vorlage für die Jahre 2009 - 2013 beschlossen. Die Einstellung der zusätzlichen Mittel in den Haushalt 2009 ist vorzunehmen.“

Die Vorsitzende lässt über den Antrag der Mitglieder Offergeld und Gertsen abstimmen

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vom Jugendamt Emmerich am Rhein geplanten Ausbaustufen für den Ausbau der Plätze von unter dreijährigen Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.

Die Investitionskosten 2009 - 2013 werden entsprechend der Vorlage der Verwaltung für die Jahre 2009 - 2013 beschlossen. Die Einstellung der zusätzlichen Mittel in den Haushalt ist vorzunehmen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Vor dem nächsten Tagesordnungspunkt möchte Mitglied Hülsberg noch anmerken, das ihm in dieser wie auch schon in früheren Verwaltungsvorlagen aufgefallen sei, dass auf eine „momentan enge Personaldecke“ im Jugendamt hingewiesen wird und das die Vorlagen Bemerkungen enthalten wie: „der Personalaufwand sei zu groß gewesen, um den Sachverhalt in noch deutlicherer Weise in der Vorlage darstellen zu können“. Er bittet um Auskunft darüber, wann das behoben sein wird.

Dazu erklärt Bürgermeister Diks, dass es im Jugendamt in der Vergangenheit in der Tat personelle Engpässe z.B. durch die lange Erkrankung von Herrn Arntz und den damit verbundenen Wechsel gegeben habe. Auch wegen Mutterschaftsurlaub fehlten teilweise Kolleginnen. Aus den unterschiedlichen Gründen gebe es in allen Bereichen der Verwaltung immer wieder mal einen personellen Engpass. Es sei jedoch nicht davon auszugehen, dass im Bereich des Jugendamtes die Notwendigkeit gegeben sei, Personal aufzustocken. Herr Barfuß ergänzt dazu, dass im Bereich Kindergarten / Fachberatung eine halbe Planstelle vorhanden ist. Die zeitweisen Produktionsprobleme entstünden durch die erhebliche Mehrarbeit, die durch die Umsetzung des KiBiz entstehe sowie die enge Fristsetzung durch das Ministerium. Wenn die grundsätzlichen planerischen Arbeiten so weit seien, dass eine Mittelfrist-Prognose getroffen werden könne, sei davon auszugehen, dass die zeitlichen Probleme sich erledigen.

Kämmerer Siebers ergänzt, dass der Haushaltsplan jetzt sehr produktbezogen sei und in den Beschreibungen der Kennzahlen auch Stellenanteile ausgewiesen seien. Hier werde nicht nur eine allgemeine Aussage zur Anzahl der Stellen im Jugendamt getroffen, sondern es werde spezifisch zu den einzelnen Tätigkeiten (Produkten) der Stellenanteil angegeben. Dies sei seiner Meinung nach sehr aussagekräftig.

Mitglied Offergeld bemerkt, dass der JHA möchte, dass das Jugendamt seine Aufgaben erledigen kann. Im Falle von Personalmangel werde die Verwaltung ggf. um einen entsprechenden Hinweis gebeten.

4 04 - 14 1015/2009 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009; hier: Beratung in den Fachausschüssen

Vorab erläutert Bürgermeister Diks kurz das neue Haushaltssystem, das NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement), das durch eine gesetzliche Vorgabe zum 01.01.2009 umgesetzt werden musste.

Kämmerer Siebers ergänzt die Ausführungen um weitere Erläuterungen zum Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt.

Die Vorsitzende weist auf die Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs um die Veränderungsliste (Anlage 1) - Städtischer Kostenanteil am „Emmericher Modell“ zur Verbesserung der Ausbildungssituation - gem. Beschluss des JHA vom 11.12.2008, TOP 6a hin.

Anschließend ruft die Vorsitzende die einzelnen Seiten des Jugendetats auf und bittet um Anmerkungen und Fragen

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass der Investitionskostenzuschuss für die Kindertagesstätten in Höhe von 46.499,60 € auf Seite 120 unter Produkt 06.01.01 - Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege - Zeile 16 Transferaufwendungen veranschlagt wird

Mitglied Gertsen betont für die CDU-Fraktion, dass es erfreulich sei, dass es auch in diesem Jahr weiterhin möglich ist, die freiwilligen Leistungen in der Höhe wie bisher im Haushalt zu belassen und stellt den Antrag, dem Rat den Entwurf des Jugendetats (Budget 401 „Jugend allgemein“ und 402 „Jugendcafé“) mit der beigefügten Änderung zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Da weitere Anmerkungen oder Fragen nicht vorliegen, lässt die Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 401 "Jugend allgemein" und 402 "Jugendcafe" im Ergebnishaushalt für das Jahr 2009 auf 6.872.654 Euro und im Finanzhaushalt auf 6.872.593 Euro zuzüglich der Änderungen gemäß der Anlage 1 fest.

Zusätzlich wird ein Zuschuss für die Investitionskosten der Kindergärten für die Betreuung von unter 3-jährigen beim Produkt 06.01.01 "Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege" i.H.v. 46.500 Euro für das Jahr 2009, sowie i.H.v. 36.000 Euro für die Jahre 2010-2012 bereitgestellt.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

5 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Die Verwaltung teilt mit, dass noch für vor dem 15.03.2009 eine weitere Sitzung des JHA einberufen wird, um weitere Fristen zu erklären.

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

6 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Teilnahme und schließt die Sitzung um 17.40 Uhr.

Vorsitzende

Schriftführerin